

Biblioteka  
Główna  
UMK Toruń

46030

## Volkswirtschaftliche Zeitfragen,

Vorträge und Abhandlungen

herausgegeben von

der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin.

Heft 247.

(Jahrgang 31, Heft 7.)

# Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik.

Vortrag

gehalten am 25. November 1909

im Kaufmännischen Verein München von 1873

von

**Lujo Brentano.**

BERLIN.

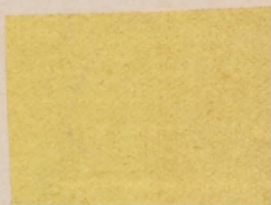
VERLAG VON LEONHARD SIMION NE.

1909.

Jährlich erscheinen 8 Hefte zum Abonnementspreise von 6 Mark.

H 90. 4°

247.





Wirtschaftspolitik

Finanzpolitik





# Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik.

Vortrag

gehalten am 25. November 1909

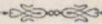
im Kaufmännischen Verein München von 1873

von

**Lujo Brentano.**

Königsberger  
Magistrats-  
Handbibliothek.

456  
10



BERLIN SW 48

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1909.

Wirtschaftspolitik  
und  
Finanzpolitik



46 030

II





Seit Jahren bekümmert uns der Zustand der Reichsfinanzen. Von der Gründung des Reichs an bis heute hat es mehr als  $4\frac{1}{2}$  Milliarden Schulden gemacht. Veranschlagen wir das werbende Kapital des Reichs, wie es in der Post, der Reichsdruckerei, den Reichseisenbahnen angelegt ist, auf zwei Milliarden, so bleiben  $2\frac{1}{2}$  Milliarden wirtschaftlich nicht gedeckter Schulden. Nun haben wir zwar kostspielige Expeditionen nach Ostasien, Südwestafrika und Ostafrika gemacht, welche zur Aufnahme von Anleihen im Gesamtbetrage von 668 Millionen Mark den Anlaß gegeben haben, und 109,1 Millionen Mark Schulden hat der Kaiser Wilhelms-Kanal verursacht. Im großen und ganzen aber haben nahezu 2 Milliarden Mk. zur Bestreitung laufender Ausgaben gedient. Eine außerordentlich große Summe, um so beunruhigender, als das Anwachsen der Reichsschulden vornehmlich in die letzten zehn Jahre fällt! Mit Recht hat man geltend gemacht, es heiße liederlich wirtschaften, wenn man Ausgaben, die man in anderen Ländern durch Steuern deckt, durch Anleihen zu bestreiten sucht; man verschlechtere dadurch seinen Kredit für den Fall, daß es zu einem ernststen Krieg kommt. Daher beschäftigen wir uns seit Jahren mit Finanzreformen, welche die ordentlichen Einnahmen des Reichs mit seinen Ausgaben ins Gleichgewicht bringen sollen. Im Jahre 1906 hatten wir die Finanzreform des Freiherrn von Stengel; sie sollte eine Viertelmilliarde bringen. Diese Summe ist nicht erreicht worden; die Reichseinnahmen wurden nur

um annähernd 200 Millionen gesteigert. Die Sydowsche Reform vom vorigen Sommer forderte eine halbe Milliarde neuer Steuern. Noch sind nicht die Streitigkeiten über die Steuern, die abgelehnt, und die, welche bewilligt wurden, verklungen, und schon steht es fest, daß das Bewilligte den beanspruchten Betrag nicht bringen wird. Und ebenso zeigte sich, daß die Beträge, die zur Deckung des Bedarfs noch des laufenden Jahres 1909 durch Anleihe beschafft werden sollten, viel zu niedrig bemessen waren. Im August wurde dieser Betrag noch auf 284 Millionen angegeben. Zwei Monate später hieß es schon 500 Millionen. Aber auch dies reicht noch nicht aus. Jetzt heißt es, daß der Nachtragsetat für 1909 die Summe von 522 Millionen aufweisen werde, und der Reichshaushaltsetat für 1910 sieht abermals eine Anleihe von 152 Millionen Mark vor, so daß die Anleiheschuld des Deutschen Reiches auf weit über 5 Milliarden gesteigert werden wird.

Was ist der Grund dieses trostlosen Zustandes unserer Finanzen?

Ich will die Frage zu beantworten suchen, indem ich eine allgemeine Frage erörtere, die Frage des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von Wirtschafts- und Finanzpolitik; und auch bei Besprechung dieser Frage möchte ich zunächst mit der Betrachtung eines fremden Landes beginnen.

In England tritt uns, wie in den übrigen europäischen Ländern, der enge Zusammenhang zwischen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik schon beim ersten Auftauchen einer Fürsorge des Staates für das Wirtschaftsleben entgegen. Wie überall, so war auch hier das Bedürfnis des Staates, sich wachsende Einnahmen zu schaffen, die erste Ursache, daß er sich um die Volkswirtschaft überhaupt kümmerte. Der moderne Staat beginnt in England schon im 15. Jahrhundert an die Stelle des Feudalstaats zu treten. Die Ersetzung der alten



Vasallenverwaltung durch eine königliche Verwaltung mittels eines technisch geschulten Personals, das in Geld gelohnt wurde, setzte Soldaten und steigende Steuererträge voraus. Um sich die Soldaten zu sichern, wurde die Krone der Schutzherr der Bauern; um wachsende Steuererträge zu erhalten, wandte sie ihre Fürsorge dem Gewerbe und dem Handel zu. Früher waren die Interessen beider den Hanseaten und Italienern geopfert worden, welche der Krone für das Privileg, England auszubeuten, große Summen bezahlten; nunmehr wurden alle den Ausländern erteilten Privilegien widerrufen und den Einheimischen Schutz und Monopolen verliehen, die ihre Betriebe zur Blüte und zur Leistungsfähigkeit an den Staatsschatz erziehen sollten. Dieses Überwiegen der fiskalischen Gesichtspunkte hat die ganze englische Wirtschaftspolitik vom Ende des 15. bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts, bis zur Republik Cromwells, beherrscht.

Von Cromwell ab beginnt die staatliche Pflege der Volkswirtschaft um der Volkswohlfahrt willen. Zuerst mit Vernunft. Man untersucht, für welche Wirtschaftszweige die Natur die erforderlichen Bedingungen gegeben habe, und sucht sie, aber nur diejenigen, für welche diese Bedingungen wirklich vorhanden sind, in jeder Weise zu fördern. Aber bald beginnen die Sonderinteressen die Vernunft zu überwuchern, und zwar so sehr, daß sogar das Finanzinteresse des Staates darunter leidet. Mit der Restauration der Stuarts beginnt nämlich eine Begünstigungspolitik. Um sich Freunde zu machen, bewilligten sie gewissen Interessentenkreisen Zölle und Privilegien auf Kosten der Gesamtheit, so den Großgrundbesitzern Getreidezölle, die einem Einfuhrverbot für fremdes Getreide gleichkamen. Diese Begünstigungspolitik wurde indes erst durch Wilhelm III. mit Virtuosität systematisch ausgebaut. Die sogenannte glorreiche Revolution von 1688 hatte

ihn auf den Thron gebracht; seine Herrschaft war durch die Anhänger der vertriebenen Stuarts fortwährend bedroht; um sie zu festigen, war Wilhelm darauf angewiesen, sich mit ungerechtem Mammon Freunde zu machen. Er nützte die allgemeine Bestechlichkeit der Zeit und das mächtige Hervortreten der wirtschaftlichen Interessen in derselben. Die Allervornehmsten gewann er durch direkte große Zuwendungen; die Klasse der Großgrundbesitzer durch eine Ausfuhrprämie für Getreide, die Masse in Stadt und Land durch Abschaffung der verhaßten Herdsteuer, das vornehmste Gewerbe, die Tuchfabrikation, durch Wollausfuhrverbote, die übrigen Gewerbe durch andere in ihrem Interesse erlassene Gesetze, die einflußreiche Kaufmannschaft, indem er alle Länder Europas zu einer Handelssperre gegen Frankreich veranlaßte, um den damaligen Rivalen des englischen Handels, den französischen, zu schädigen. Das Parlament glich fortab einer Börse, auf der in Maßnahmen zur Förderung von Sonderinteressen gehandelt wurde. Wer einen Zoll wollte, brauchte es blos zu sagen; falls er sich bereit erkläre, für die von anderen gewollten Zölle zu stimmen, erlangte er, was er wollte. Durch diese von Wilhelm systematisch befolgte Politik des „do ut des“, gelang es ihm nicht nur, seine Herrschaft zu festigen, sondern auch Parlament und Volk willig zu machen, die unerhörten Abgaben zu tragen, welche seine Kriege ihm auferlegten. Allein eine weitere Folge dieses im Laufe des 18. Jahrhunderts immer weiter ausgebildeten Systemes war, daß es schließlich nichts mehr gab, was nicht durch Zoll oder Steuer verteuert war;\*) und jede weitere Anforderung, die der Staat

---

\*) Sidney Buxton, Finance and Politics, London 1888, I. p. 18, zitiert folgendes Gedicht aus dem Jahre 1784:

Wohl staunt, wer Britanniens Steuern lernt kennen,  
Daß wir trotzdem ein freies Volk uns noch nennen.



an das Volk stellen mußte, konnte nur mehr durch Aufnahme von Anleihen gedeckt werden.

Da erschien 1776 das Werk Adam Smiths. Das Eine, was es für jeden Einsichtigen klar machte, war, daß das ganze überkommene Finanzsystem mit den besten Interessen des Staates und der Volkswirtschaft im Widerspruch stehe. Er legte dar, daß es nur wenige Waren seien, deren Besteuerung der Staatskasse etwas einbringe; die Mehrzahl der bestehenden Zölle sei nicht eingeführt worden, um dem Staate eine Einnahme zu schaffen, sondern um einzelnen Produzenten es möglich zu machen, von den heimischen Konsumenten höhere Preise zu fordern. Beseitige man alle Einfuhrverbote und setze man den auf die Einfuhr fremder Waren gesetzten Zoll für jeden auf den Betrag herab, bei dem das Zollerträgnis für den Staat das vorteilhafteste sei, so würden die heimischen Produzenten auf dem heimischen Markt noch immer reichliche Vorteile haben und der Staat von einer großen Anzahl von

---

Ja, wir zahlen, vernehmt's, für der Sonne Genuß,  
Für das Roß, das uns zieh'n oder tragen muß,  
Für der Feder Gekritzel, der Flinte Schuß,  
Für der Kerzen Schein, der die Nacht uns erhellt,  
Für das Loch in der Wand, da der Tag hereinfällt,  
Für Hochzeit und Kindtauf, für Kauf und Verkauf,  
Selbst aufs Sterben schlägt Fiscus 3 Pence noch darauf.  
Wie einst Pharao den Juden das Scroh hat verwehrt  
Und von ihnen trotzdem gleichviel Ziegel begehrt,  
So sind wir durch die Steuer auf Backstein beschwert.  
Wie so herrlich der weisen Finanzleute Tun,  
Zeigt klar sich an Hüten, an Bändern und Schuh'n.  
Nach rechts und nach links, in der Luft, auf den Auen,  
Unbesteuert kein winzigstes Ding ist zu schauen.  
Nirgends Raum mehr zu finden für weiteren Zoll,  
So vom Scheitel zur Zeh' sind von Steuern wir voll;  
Gleich Hiob, ganz bedeckt mit Schwären und Wunden,  
John Bull trägt's geduldig; wie sehr auch geschunden.

Zöllen, die dermalen nichts oder nur Unerhebliches einbrächten, erhebliche Einnahmen ziehen. Hohe Steuern vermöchten nämlich den Verbrauch so einzuschränken, daß sie weniger statt mehr einbrächten. Außerdem stellte er an die Spitze seiner Ausführungen über die Staatsfinanzen die Forderung, daß jeder Staatsangehörige zu besteuern sei nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit; und sein Grundsatz, daß jede Steuer möglichst wenig über das, was sie dem Staatsschatze einbringe, aus den Taschen des Volkes nehmen oder daraus fernhalten solle, trat in direkten Widerspruch mit jedwedem Zoll auf unentbehrliche Lebensmittel.

Sieben Jahre, nachdem Smiths Werk erschienen war, wurde der 24jährige William Pitt Premier- und Finanzminister von England. Er sprach von Adam Smith wie von einem Lehrer und begann alsbald Finanzreformen in seinem Geiste. Mit der bequemen, aber verhängnisvollen Methode des Schuldenmachens, dem notwendigen Korrelat einer Wirtschaftspolitik, welche Förderung und Schonung der Sonderinteressen der Besitzenden mit dem Gesamtinteresse verwechselt, suchte er zu brechen; er schuf sogar einen Tilgungsfonds, von dem er das allmähliche Verschwinden der englischen Staatsschuld erwartete. Desgleichen suchte er den zu einem Monstrum ausgearteten Zolltarif zu vereinfachen. Seinen Maßnahmen ist es zu danken, daß England, als 1793 sein welthistorischer Kampf mit Frankreich begann, reicher und blühender als jedes andere Land in diesen eintrat. Aber ein zwanzigjähriger Krieg, wie der damalige zwischen England und Frankreich, läßt sich nicht aus Steuern bestreiten. Neue Anleihen mußten aufgenommen werden und bald stieg die englische Schuldenlast auf einen Betrag, der die Fabel der Welt war. Um die Zinsen zu decken, griff Pitt wieder zu den Hilfsmittelchen der merkantilistischen Finanzpolitik. Hüte, Handschuhe, Par-



füms, Zahnpulver, Pomade, Verkaufsläden, weibliche Dienstboten, Ziegelsteine, Pferde wurden mit Steuern belegt. Aber das Ergebnis brachte nicht die Mittel zur Zahlung seiner Schuldzinsen. Da entschloß sich Pitt zu dem Einzigen, was helfen konnte, er griff zur direkten Besteuerung der Besitzenden; er bedachte sie mit einer zehnprozentigen Einkommensteuer.

Der Gedanke, daß die Besitzenden und zwar nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zahlen sollten, war unerhört. Auch ertrugen sie nur mit Murren die Steuer. Die persönliche Freiheit sollte durch die Pflicht, sein Einkommen zu bekennen, bedroht sein. Nur für die Dauer des Krieges verstand man sich zur Zahlung einer Einkommensteuer, und kaum war Friede geschlossen, so wurde sie wieder abgeschafft. Und nicht nur dies. In England folgte, wie in allen europäischen Ländern auf den Frieden eine Reihe furchtbarer Reaktionsjahre. Eine Begleiterscheinung der Reaktion war die Ausbildung eines Schutzsystems zugunsten der Besitzenden, wie sie selbst das 18. Jahrhundert nicht gekannt hatte. Während des Krieges hatten die gestiegenen Getreidepreise Grundrenten und Grundstückspreise verfünffacht; um sie nach wiederhergestelltem Frieden auf dieser Höhe zu halten, wurden Getreidezölle eingeführt, die alle Getreideeinfuhr aus dem Ausland ausschlossen. In gleicher Weise wurden Zölle und Steuern auf alle sonstigen Verbrauchsgegenstände gelegt. Infolgedessen war es nur allzu wahr, wenn im Jahre 1820 *The Edinburgh Review* schrieb: „Wir haben Steuern auf jedweden Artikel, der in unseren Mund eingeht oder unseren Rücken deckt oder sich unter unseren Füßen befindet; Steuern auf alles, was angenehm ist, zu sehen, zu hören, zu fühlen, zu riechen oder zu schmecken; Steuern auf Wärme, Licht und Ortsveränderung; Steuern auf alles auf der Erde und auf die Wasser unter der Erde, auf alles, was vom Ausland kommt oder im Inland erzeugt wird; Steuern

auf Rohstoffe; Steuern auf jeden Wert, den ihnen der Fleiß der Menschen hinzufügt; Steuern auf die Sauce, welche des Menschen Appetit reizt, auf die Arznei, die seine Gesundheit wiederherstellt; auf den Hermelin, der den Richter ziert, wie auf den Strick, womit der Verbrecher gehängt wird; auf das Salz des Armen wie auf das Gewürz des Reichen; auf die Beschlüge des Sarges wie auf den Schleier der Braut; im Bett oder auf Deck, ob wir aufstehen oder uns niederlegen, wir müssen zahlen. Der Schulbub peitscht seinen besteuerten Kreisel, der bartlose Jüngling versucht sich auf besteuertem Pferde mit besteuertem Zügel auf besteuertem LandstraÙe; — und der sterbende Engländer, nachdem er seine Medizin, die 7 pCt. Steuer trägt, in einen Löffel gegossen hat, der 15 pCt. gezahlt hat, wirft sich auf sein mit Kattun überzogenes Bett, das mit 22 pCt. bedacht ist, zurück, um in den Armen eines Arztes zu sterben, der eine Lizenzsteuer von £ 100 für das Privileg, ihn zu töten, gezahlt hat. Darauf wird sofort sein ganzes Vermögen im Betrag von 2 bis 10 pCt. durch die Inventarisierungssteuer getroffen. Alsdann werden hohe Gebühren dafür verlangt, daß er in der Kirche begraben wird; seine Tugenden werden der Nachwelt auf besteuertem Marmor übermittelt, bis er zu seinen Vätern versammelt wird in Gefilde, in denen es keine Steuererhebung mehr gibt.“

Allein die meisten Abgaben, die so das Leben der Menschen erschwerten, flossen nicht in die Staatskasse, sondern in die Taschen Privater. Die meisten Zölle waren ja nicht Finanzzölle, sondern Schutzzölle; sie dienten nur dazu, den heimischen Produzenten zu ermöglichen, den Konsumenten höhere Preise abzunehmen und diese, insbesondere durch Verteuerung der unentbehrlichen Lebensmittel, unfähiger zu Leistungen an die Staatskasse zu machen. Das ganze Steuersystem befand sich also in direktem Gegensatz zu dem vierten Steueraxiome



Adam Smiths: es nahm weit mehr aus den Taschen des Volkes, als es der Staatskasse einbrachte. Das veranlaßte schon zu Beginn der zwanziger Jahre Huskisson, schüchtern in die Bahnen Pitts wieder einzulenken. Allein es ist weit leichter, auf der Bahn eines erkünstelten Systems zu beharren, als zu einem natürlichen zurückzukehren; jenes zieht eine Menge von Interessen groß, welche, da sie ohne Schutz nicht stehen können, der Rückkehr zu gesunden Verhältnissen den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Zur Überwindung dieses Widerstandes zwang indes bald die Not, in welche eben infolge des Schutzsystems die Staatsfinanzen gerieten. Das Budget zeigte zu Beginn der vierziger Jahre Jahr für Jahr steigende Defizite. Das verursachte, daß Peel aus einem Saulus ein Paulus wurde. Er war der Führer der konservativen Partei. Zur Aufrechterhaltung des Schutzzollsystems hatte sie ihn mit der Führung des Ministeriums betraut. Aber der Patriot ging bei ihm über den Parteimann. Er erkannte es als unmöglich, bei Fortbestand der überkommenen Wirtschaftspolitik dem steigenden Staatserfordernis zu genügen. Eine Staatswirtschaft, darauf basiert, daß man Jahr für Jahr Schulden machte, mußte zum Untergang führen; andererseits konnte eine Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle durch Minderung des Verbrauchs der besteuerten Produkte nur das Defizit steigern. Da lag nun der Bericht eines Ausschusses, den das Unterhaus im Jahre 1840 zur Untersuchung der Wirkungen der Einfuhrzölle eingesetzt hatte. Dieser Ausschuß hatte berechnet, daß von 872 mit Einfuhrzöllen belasteten Waren

349	weniger als 2000 M.	eine jede der Staatskasse brachten
132	brachten von	2 000 bis 10 000 M.
45	- -	10 000 - 20 000 -
107	- -	20 000 - 100 000 -

63 brachten von 100 000 bis 2 000 000 M.  
10 - - 2 000 000 - 10 000 000 -  
9 - - 10 000 000 und mehr eine jede.

Mit anderen Worten: 17 besteuerte Waren brachten  $94\frac{1}{2}$  pCt. des ganzen Zollertragnisses; weitere 29 brachten  $3\frac{9}{10}$  pCt.; weitere 184 nur 1,  $1\frac{3}{5}$  pCt, und die übrigen 531 brachten zusammen nur 1 600 000 M.

Dieses Ergebnis wurde für die ganze weitere Entwicklung der englischen Staatsfinanzen bestimmend. Unter seinem Eindruck griff Peel nunmehr auf Pitt zurück. Wie dieser war er gegen jährliche Schuldaufnahmen zur Deckung wiederkehrender Defizite; das schädige den Kredit und sei gefährlich; vielmehr müsse jährlich etwas zur Tilgung der Schulden geschehen; vor allem aber komme es darauf an, die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers zu heben. Vorsichtig schritt er dazu, einen Zoll nach dem anderen herabzusetzen, um ihn schließlich ganz fallen zu lassen. Zur Deckung des Defizits griff er auf die direkte Einkommensteuer zurück. Dann beseitigte er 1846 die Getreidezölle, und damit war das Zentrum der schutzzöllnerischen Stellung genommen. Die einflußreichste Partei im Lande, diejenige, von der alle übrigen Monopolbestrebungen stets gestützt worden waren, verlor damit jedes Interesse an der weiteren Aufrechterhaltung von Schutzzöllen. Nach dem Wegfall der Getreidezölle wurden auch die Konservativen Freihändler, und als sie 1852 wieder ans Ruder kamen, erklärte selbst ihr Finanzminister Disraeli das Schutzzollsystem sei für immer verurteilt.

Die Ehre, die letzten Reste desselben zu beseitigen, fiel indes dem überlegenen Finanzgenie Gladstones zu. Seine Steuerprinzipien sind der Ausdruck seines tiefen ökonomischen Verständnisses. Er verurteilte die Anschauung, wonach als



das beste Mittel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen die Befreiung aller von ihnen verbrauchten Waren von jeder Steuer erschien; vielmehr komme es darauf an, die Artikel zu befreien, deren Bearbeitung ihnen die größte Summe von Beschäftigung bringt. Also kein Nachlaß von Steuern und Zöllen auf Gegenstände des Luxuskonsums der unteren Klassen, deren Besteuerung den Hauptstapelartikel des Staatseinkommens bildete. Dagegen brachte Gladstones erstes Budget von 1853 die Zollfreiheit für alle Rohprodukte und Halbfabrikate und die Herabsetzung der Zölle auf Ganzfabrikate auf in maximo 10 pCt. ihres Wertes. Den vollen Triumph der Prinzipien Adam Smiths brachte aber erst Gladstones Budget von 1860. Alle Zölle, welche nur im Interesse von Privaten erhoben, der Staatskasse nichts oder nur wenig einbrachten, d. h. alle Schutzzölle, wurden beseitigt. Fortan sollten nur Finanzzölle erhoben werden, d. h. Zölle auf Waren, die im Inland gar nicht hergestellt werden, und auch diese nur auf einige wenige besonders ergiebige Gegenstände des Massenverbrauchs; daneben noch sog. Ausgleichzölle, d. h. Zölle auf Waren ausländischen Ursprungs, welche genau der Besteuerung entsprachen, welcher dieselben Waren, wenn im Inland erzeugt, unterworfen waren. Die einzigen Einfuhrzölle, die heute in England erhoben werden, treffen Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Südfrüchte, Melasse, Zucker, Tee, Tabak, Wein; ferner Ausgleichzölle auf Bier, Spirituosen, gewisse Produkte, bei deren Herstellung Spiritus verwendet wird, und Spielkarten. Dabei vernachlässigte Gladstone aber keineswegs die direkten Steuern. Wir haben gesehen, daß die Einkommensteuer zu Pitts Zeiten nur als Kriegssteuer galt, und dem entsprechend sie nach dem Sturz Napoleons wieder beseitigt worden war. Auch Peel hatte sie 1842 nur als Notbehelf bezeichnet, auf den man wieder verzichten werde, sobald die Finanzlage ihn entbehrlich mache.

Dieser Augenblick ist nie gekommen. Trotzdem noch 1853 Gladstone die Wiederbeseitigung der Einkommensteuer als Ziel erstrebte, wurde sie als notwendige Ergänzung des Steuersystems beibehalten, und 1860 von ihm sogar als solche in einer berühmt gewordenen Ausführung anerkannt: „Ich habe es stets als eine für einen Finanzminister müßige Sache angesehen, sich mit der für ihn naturgemäß abstrakten Frage zu beschäftigen, welche Art der Besteuerung, die direkte oder indirekte, den Vorzug verdiene. Vielen sind beide widerwärtig, was ja natürlich ist. Ich als Finanzminister denke anders. Mir erscheinen die direkte und indirekte Besteuerung als zwei anziehende Schwestern, welche in die heitere Londoner Gesellschaftswelt eingeführt worden sind, eine jede reich, beide von gleicher Abstammung, denn die Eltern beider sind Not und Erfindung, und einander nicht unähnlicher als dies Schwestern zu sein pflegen; die eine etwas blonder, die andere etwas dunkler, von einer gewissen reizvollen Verschiedenheit im Betragen, die eine freier und offener, die andere zurückhaltender und scheuer. Ich sehe keinen Grund, warum zwischen den Bewunderern beider unfreundliche Rivalität herrschen sollte, und ich — mag man dies Laxheit der Grundsätze nennen oder nicht — gestehe offen, daß ich als Finanzminister wie als Politiker es nicht nur für erlaubt, sondern geradezu als meine Pflicht angesehen habe, beiden Schwestern den Hof zu machen. Ich verhalte mich also gleich unparteiisch zur direkten und indirekten Besteuerung.“

Und in der Tat Festhalten und weitere Ausbildung der Einkommensteuer war unerläßlich, wenn einerseits, um Kapital und Arbeit ausschließlich den gewinnbringendsten Erwerbszweigen zuzuführen und damit die Leistungsfähigkeit der Nation auf ihr größtes zu steigern, Freihandel herrschen und andererseits auch die Besitzenden nach Maßgabe ihrer



durch diese Wirtschaftspolitik gesteigerten Leistungsfähigkeit zur Tragung der Staatslasten herangezogen werden sollten. Ja es reichte die Einkommensteuer hierzu allein noch nicht aus; dazu war ihre Ergänzung durch Ausbildung der Erbschaftssteuer notwendig. Ohne sie wäre das fundierte Einkommen auf Kosten des Berufseinkommens begünstigt gewesen; erst infolge der Erbschaftssteuer wurde es entsprechend seiner Leistungsfähigkeit getroffen. Von Gladstone 1853 eingeführt, wurde sie 1894 durch Sir William Harcourt progressiv ausgestaltet, so daß heute Einkommen- und Erbschaftssteuer zusammen dem Staate ungefähr 1 Milliarde Mark jährlich einbringen.

Die ökonomische Grundanschauung, von der diese Peel-Gladstonesche Finanzreform ausging, hat sich glänzend bewährt. Von allen Beschränkungen und Mißleitungen in der Anlage von Kapital und der Verwendung von Arbeit befreit, nahm der Reichtum Englands sprunghaft zu. In den zehn Jahren nach der Finanzreform Peels, von 1842—1852, stieg, ohne jedwede Änderung in der Veranlagung, das steuerpflichtige Einkommen um 6 pCt.; nach der Finanzreform Gladstones in den Jahren 1853 bis 1861, also in 8 Jahren, stieg es aber um 20 pCt. Nach dem englischen Statistiker Sir Robert Giffen\*) kamen auf den Kopf der englischen Bevölkerung im Jahre 1845 143, im Jahre 1865 200, im Jahre 1885 270 und im Jahre 1902 357 £. Aber nicht bloß die Personen mit einem Einkommen von 2—3000 Mk. und mehr, die allein von der Einkommensteuer betroffen wurden, zeigten dieses „berauschende“ Wachstum. Die sorgfältigen Berechnungen von Bowley\*\*) haben ergeben, daß der durchschnittliche

---

\*) Vgl. Sir Robert Giffen, *The growth of capital*, London 1889 and *Essays in Finance*, 2 vols, London 1904.

\*\*) A. G. Bowley, *Wages in the United Kingdoms in the nineteenth century*, Cambridge 1900.

Nominallohn der englischen Arbeiter von 1840 bis 1891 im Verhältnis von 61 zu 100 gestiegen ist. Noch mehr ist infolge der allgemeinen Verbilligung des notwendigen Lebensunterhalts, welche die Finanzreform gebracht hat, ihr Reallohn gestiegen. Er ist in den 50 Jahren von 1840—1891 im Verhältnis von 43 zu 100, also um 132,8 pCt. in die Höhe gegangen. Dabei ein solches Anwachsen der Steuererträge, daß die Staatsschuld in der Zeit von 1881—1901, da die Schulden des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten zusammen um 7 Milliarden 700 Millionen Mark angewachsen sind, um 2 Milliarden 800 Millionen Mark gemindert werden konnte. Im Jahre 1816, nach der Schlacht bei Waterloo, hatte die englische Staatsschuld 846 Millionen £, d. h. nahezu 17 Milliarden Mark oder ungefähr so viel wie heute die Schulden des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten zusammen betragen; zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches war sie nur erst auf 791 Millionen £, d. h. auf zirka 16 Milliarden Mark gesunken; von da ab bis zum Ausbruch des Burenkrieges im Jahre 1899 ging sie dagegen auf 635 Mill. £, d. h. 12 Milliarden Mark herab. Infolge des Burenkrieges ist sie dann wieder auf 798 Millionen £ = 16 Milliarden Mark im Jahre 1903 gestiegen; aber so ausgezeichnet funktionierten die Prinzipien des freihändlerischen Steuersystems, daß in den 5 Jahren von 1904—1908 abermals 38,5 Millionen £ = 770 Millionen Mark zurückgezahlt werden konnten, während die Schulden des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten zusammen von 1904 auf 1908 um 2 Milliarden 300 Mill. Mark gestiegen sind.

Nun wird man fragen, wie es angesichts dieser glänzenden Ergebnisse denn zu erklären sei, daß heute gerade in England von der Klasse der Besitzenden der Ruf nach Wiedereinführung von Schutzzöllen so lebhaft erhoben wird.



Die Antwort führt mich zur Betrachtung unserer deutschen Verhältnisse.

Der preußische Staat war seit dem Staatskanzler Hardenberg freihändlerisch gewesen. Das gilt für Konservative wie für Liberale. Auch Herr von Bismarck war bis 1877 Freihändler, und der Freihandel war stets einer der wichtigsten Programmpunkte der liberalen Partei in Preußen. Es war gewissermaßen selbstverständlich, daß, nachdem Fürst Bismarck, auf die Liberalen gestützt, das Deutsche Reich gegründet hatte, die Handelspolitik, die den Anschauungen beider entsprach, ihre Vollendung erhielt. Nachdem schon 1865 die Getreidezölle gefallen waren, geschah dies 1877 mit der Beseitigung des letzten Restes des Eisenzolles.

Allein gerade das, daß der Eisenzoll im Jahre 1877 beseitigt wurde, war ein taktischer Fehler.

Auf den Riesenaufschwung nach dem deutsch-französischen Kriege hatte 1873 die Depression eingesetzt. Sie trat allgemein ein, in Europa wie in Amerika, in Freihandels- wie in Schutzzollländern. Allenthalben wurden dadurch zahllose Fabrikanlagen durch teilweise Entwertung bedroht, und, als um die Mitte der siebziger Jahre die internationale Konkurrenz auf dem Getreidemarkt entstand, drohte sie auch den übermäßig im Wert gestiegenen ländlichen Grundbesitz in Europa zu entwerten. Die notwendige Begleiterscheinung des allgemeinen Rückgangs waren bedeutende Ausfälle in den Einnahmen aus Zöllen. Diese sowie die steigenden Reichsausgaben machten eine Reform der Reichsfinanzen notwendig. Über diese kam es zum Bruch zwischen dem Fürsten Bismarck und der liberalen Partei.

Fürst Bismarck dachte zunächst daran, die Reichsfinanzen auf Grundlage derselben Prinzipien auszubilden, deren Durchführung zu so glänzenden Ergebnissen in England geführt

hatte: Konzentration der indirekten Steuern und Zölle auf einige wenige Gegenstände des Luxuskonsums der Massen unter scharfer Heranziehung desselben. Eine der Maßnahmen, die er zu dem Zwecke ins Auge gefaßt hatte, war die Einführung des Tabakmonopols. Die Liberalen aber erstrebten als Gegenleistung für die erhöhten Steuern die Besetzung einiger Ministerien und wollten vom Tabakmonopol überhaupt nichts wissen.

Da verfuhr Fürst Bismarck ähnlich wie 1688 Wilhelm III. von England. Er nutzte die wirtschaftliche Lage, um sich eine neue Mehrheit zu schaffen. Den durch den Krach verstimmtten Großindustriellen versprach er neue Zölle; insbesondere sollten die eben beseitigten Eisenzölle wieder eingeführt werden. Den Landwirten versprach er Agrarzölle. Und da er gleichzeitig den Kulturkampf preisgab, gelang es ihm, sogar das Zentrum sich zu versöhnen. So kamen auf Grundlage des *do ut des* zwei Bündnisse zustande: das zwischen Großindustrie und Landwirtschaft und das zwischen den kartellierten Parteien und der Regierung. Die Großindustrie bewilligte der Landwirtschaft Zölle, um die von ihr begehrten Zölle dafür bewilligt zu erhalten, und die Regierung erhielt für die Zölle, die sie den Interessenten gewährte, von diesen die Einnahmen, die sie verlangte, bewilligt.

Um diese Zeit begann auch eine neue Steuertheorie an die Stelle der bisherigen zu treten. Bis dahin war die Steuerlehre auf den individualistischen Steuerprinzipien Adam Smiths aufgebaut. Jeder sollte nach Maßgabe seines Einkommens zur Bestreitung des Staatsbedarfs herangezogen werden; dabei sollte das Steuersystem tunlichst so eingerichtet sein, daß es in das Wirtschaftsleben möglichst wenig eingreife; ein jeder solle ungestört seinen Wirtschaftsbetrieb so gestalten, wie er ihn ohne das Bestehen von Steuern gestaltet hätte. Verschiebungen in der Verteilung des Volkseinkommens,



welche durch die Steuern bewirkt würden, betrachtete man als ein Unglück, das in Anbetracht der höheren Zwecke, um derentwillen Steuern erhoben werden, hingenommen, indes möglichst vermieden werden müsse. Jetzt aber knüpfte Adolph Wagner\*) an eben diese Verschiebungen an, um die entgegengesetzten Forderungen daraus abzuleiten. Bei der gegenwärtigen Organisation der Volkswirtschaft, lehrte er, werde das Einkommen ungerecht unter die verschiedenen einzelnen Wirtschaften verteilt. Es sei aber Tatsache, daß die Steuern auf die Verteilung des Volkseinkommens einen Einfluß ausübten; insbesondere gelte dies für gewisse Erbschafts- und Verkehrs-, Einkommen- und Vermögensteuern. Entweder halte man dies für unberechtigt; dann müsse man auch diesen Steuern den Charakter der „Steuer“ absprechen. Entgegengesetzten Falles gebe man zu, daß es berechtigt sei, mittels der Besteuerung auf die Herbeiführung einer anderen Vermögensverteilung hinzuwirken. \*\*) Dementsprechend schreibt Wagner: \*\*\*) „Die

---

\*) Vgl. A. Wagner, Finanzwissenschaft; Leipzig und Heidelberg 1880, II., § 398, 399. Vgl. in der 2. Auflage von 1890, bes. II, S. 207 ff.; Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, I, Grundlegung § 105, 124, 125, 299 ff., 313 ff., 369 ff.

\*\*) Eine eigentümliche Logik! Es ist, als wenn jemand sagte: „Es ist Tatsache, daß alljährlich Tausende von Bergleuten in den Bergwerken durch schlagende Wetter ums Leben kommen. Dadurch werden unzählige Frauen zu Witwen und zahllose Kinder zu Waisen; hilfsbedürftige Eltern werden der Stütze ihres Alters und Jugend strahlende Bräute der Hoffnung ihres Lebens beraubt. Entweder, man hält dies für ein bejammernswertes Unglück, dann muß man auch dem Bergbau den Charakter des „Bergbaus“ absprechen. Tut man dies nicht, so gibt man auch zu, daß es berechtigt sei, mittels des Bergbaus auf die Massentötung arbeitsamer Ehemänner, Familienväter, Söhne und Bräutigame hinzuwirken. Der Bergbau ist somit zu definieren als eine Urproduktion zur Förderung der Mineralschätze der Erde und zur Massentötung von Bergleuten.“

\*\*\*) Finanzwissenschaft, II., S. 288. Vgl. 2. Auflage, S. 210.

Steuer ist nicht nur Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs, sondern zugleich ein solches Mittel dazu, welches in die bei freier Konkurrenz entstandene Einkommen- und Vermögensverteilung korrigierend mit eingreift.“

Das hieß also an die Stelle des bisherigen obersten Grundsatzes in der Steuerverteilung einen neuen setzen. Bisher hatte es sich bei der Steuerverteilung um Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten gehandelt; Wagner dagegen verlangte Benutzung der Besteuerung zur Herbeiführung einer seinen Vorstellungen von Gerechtigkeit entsprechenden Verteilung der Güter. Man hatte jeden derartigen Gedanken bis dahin als Sozialismus verurteilt. Jetzt wurde er von Wagner zielbewußt als Ausfluß des Staatssozialismus, zu dem er sich bekannte, geltend gemacht. Aber jeder hatte Wagner bis dahin so verstanden, als wolle er auf dem Wege der Besteuerung eine neue Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der unteren Klassen auf Kosten der Reichen bewirken.\*) Nunmehr aber zeigte sich, daß der „Staat“, von dessen Eingreifen Wagner die richtige „Korrektur“ erwartete, nichts weniger war, als, um mit Hegel zu sprechen, die Verwirklichung der sittlichen Idee, die nach nichts anderem als nach idealer Gerechtigkeit strebt. Er zeigte sich als ein Instrument, dessen sich die mächtigsten Gesellschaftskreise bedienten, allerdings auch zur Korrektur der Einkommen- und Vermögensverteilung, aber nicht im Interesse der unteren Klassen, sondern zu ihrem eigenen Vorteil. Bedeutet doch jede Schutzzollpolitik einen Eingriff in die Verteilung des Volkseinkommens von Staats wegen.\*\*)

Die Steuererhebung wird benutzt, um von

---

\*) Vgl. A. Wagner, Finanzwissenschaft, 1880, II., S. 255, 289.

\*\*) In der 2. Auflage seiner Finanzwissenschaft, II., S. 208, hält A. Wagner selbst ganz mit Recht dies denjenigen Schutzzöllnern entgegen, welche seinen neuen Steuerbegriff verwerfen.



Staats wegen aus der Tasche des Einen zu nehmen und in die eines Anderen zu stecken, und, wer hierin das charakteristische Merkmal des Sozialismus sieht, muß zugeben: jede Schutz-zollpolitik ist Sozialismus. Aber allerdings ist sie nicht Sozialismus im Interesse der Besitzlosen, sondern der Besitzenden. \*) Der Arbeiter wird durch den Getreidezoll genötigt, bei jedem Stück Brot, das er ißt, aus seinem sauer verdienten Lohn dazu beizutragen, daß die so hoch getriebenen Güterpreise nicht herabgehen, sondern weiter steigen. Infolge des durch Zölle und die darauf aufgebauten Kartelle erhöhten Eisenpreises wird jeder, der in ein Haus mit Eisenkonstruktionen einzieht, genötigt, in höherem Mietzins, jeder, der die Eisenbahn benutzt, in erhöhtem Fahrkartenpreise, der Staat selbst, wenn er zur Landesverteidigung Schiffe baut oder Panzertürme errichtet, in erhöhtem Preise der Panzerplatten einen Beitrag zu zahlen zur Hochhaltung und Steigerung der Dividenden und Aktienwerte der Hüttenwerke. Ja sogar, damit im Interesse der Hüttenbesitzer das Eisen billiger ins Ausland als im Inland verkauft werden kann, muß der heimische Verbraucher mehr zahlen. In konsequenter Durchführung des Schutzes der Besitzenden wird der Branntweinverbraucher zu Liebesgaben an den Schnapsbrenner genötigt, und kaum aufzuzählen sind die Zuwendungen anderer Art, welche die 27,6 pCt. der Bevölkerung, die nach der Berufszählung von 1907 im Deutschen Reiche von der Landwirtschaft leben, aus dem Einkommen der übrigen 72,4 pCt. der Bevölkerung erhalten.

Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß die finanziellen Folgen solcher Politik für den Staat verhängnisvoll sind. Wenn

---

\*\*\*) Das hat neuerdings selbst ein konservativer Peer, Lord Balfour of Burleigh — nicht zu verwechseln mit dem Führer der Konservativen im Unterhause Mr. Arthur Balfour — öffentlich ausgesprochen.

auch die Rückkehr von verhältnismäßigem Freihandel zum Schutzzoll, so lange die heimische Produktion sich den veränderten Absatzverhältnissen noch nicht völlig angepaßt hat, eine Steigerung der Staatseinnahmen bringt, so ist diese Wirkung doch sehr bald erschöpft. Der Zweck der Schutzzölle ist ja eben, die Einfuhr zu mindern, wenn nicht zum Stillstand zu bringen. In dem Maße, in dem sie ihren Zweck erreichen, gehen also die Einnahmen, die sie dem Staate abwerfen, zurück. Aber noch mehr: Die Schutzzölle führen zu einer Verteuerung des ganzen Lebens, wie wir dies soeben bitter erfahren. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler an die Staatskasse erschöpft. Es ist dann eitel Geflunker, wenn man dem Klagenden vorrechnet, er zahle pro Kopf der Bevölkerung an Reich und Gliedstaaten noch lange nicht so viel Steuer wie z. B. der englische Steuerzahler dem englischen Staat, und dabei nur gegenüberstellt was hier und was in England der Staat wirklich einnimmt. Der Steuerzahler wird ja nicht nur durch das belastet, was Reich und Gliedstaaten von dem, was er infolge der Steuern zahlen muß, wirklich erhalten, sondern durch den ganzen Betrag, den er infolge der Erhebung einer Steuer mehr als sonst zahlen muß, auch durch den, von dem keine Staatskasse etwas zu sehen bekommt. Daß Reich und Bundesstaaten von diesem Betrag so viel weniger als in England erhalten, ist keine Verteidigung, sondern die schwerste Anklage gegen unser Steuersystem. Es wird ja damit eingeräumt, daß das, was wir infolge gewisser Steuern zu zahlen haben, zu seinem größeren Teile in die Taschen Privater fließt. Wie leicht wäre doch unseren öffentlichen Finanzen geholfen, wenn diese Beträge in die Staatskassen flössen!

Da brachten (vgl. den Anhang) die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer — ich spreche nicht von der Gerste, da die amtliche Statistik nicht festzustellen ermöglicht, in welchem



Verhältnisse die im Inland gebaute und verbrauchte Gerste in Braugerste und Futtermalze zu scheiden ist — im Jahre 1908 dem Reiche 106 131 459 Mark. Aber der eingeführte Roggen betrug nur 1,9 pCt. des deutschen Roggenverbrauchs. Der Verbrauch von Brotgetreide hat sich nämlich vom Roggen mehr und mehr dem Weizen zugewandt. Im Durchschnitt der Jahre 1893/1900 kamen 150,56 kg Roggen und 88,3 kg Weizen auf den Kopf der deutschen Bevölkerung, im Durchschnitt der Jahre 1901/1907 nur mehr 148,27 kg Roggen, dagegen 93,6 kg Weizen, im Jahre 1907/1908 142,4 kg Roggen und 90,7 kg Weizen. 98,1 pCt. des im Jahre 1908 verbrauchten Roggens wurde im Inland erzeugt, gegen nur 60,2 pCt. des verbrauchten Weizens, und von den 8 222 131 t Hafer, die verbraucht wurden, wurde gar nichts eingeführt.

Nun ist es unbestritten, daß seit Aufhebung des Identitätsnachweises der Inlandpreis allen Getreides um den ganzen Betrag des Zolls über dem Weltmarktpreis steht. Rechnen wir, daß ein Fünftel der 63 219 000 Bewohner des deutschen Zollgebiets selbst gebautes Getreide verbraucht, eine Annahme, die eher zu hoch ist, so mußten die übrigen 50 575 200 Personen 934 635 220 Mark mehr ausgeben, wovon 828 503 761 Mark in die Taschen Privater geflossen sind. Das, was die Getreidezölle i. J. 1908 dem Reiche eingebracht haben, hat den Steuerzahler allerdings nur mit 2,09 Mark, das aber, was er infolge derselben hat mehr zahlen müssen, hat ihn mit 18,46 Mark pro Kopf der Bevölkerung belastet. Ebenso ist es mit allen übrigen Schutzzöllen. Je höher der Zoll und je geringer dem entsprechend die Einfuhr ist, um so größer ist die Belastung des Steuerzahlers zugunsten Privater. Dem Reiche bringt sie nicht nur nicht genug ein, sondern sie schädigt es geradezu, indem sie die Fähigkeit des Steuerzahlers zur Zahlung anderer Steuern vermindert. Unsere Finanzminister würden im Golde schwimmen,

wenn ihnen gestattet würde, das, was die Konsumenten infolge unserer Schutzzölle an Private zahlen müssen, in ihre Kassen zu leiten. Statt dessen wird durch die höheren Preise, welche die Masse des Volks zu zahlen hat, ihre Leistungsfähigkeit an den Staat erschöpft, und wenn nun noch diejenigen, denen diese erhöhten Preise zu Teil werden, bei Steuererhöhungen glimpflicher als die übrigen behandelt, ja sogar noch in dem, was sie bisher an Steuern zu entrichten hatten, herabgesetzt werden, ist das unausbleibliche Ergebnis, daß es stets schwerer wird, dem steigenden Staatserfordernis mittels Steuern zu genügen. Dann bleibt nichts anderes als Schuldenmachen. Daher ist es auch nicht gerecht, das deutsche Volk wegen Mangel an Opferfreudigkeit zu beschuldigen, weil seit der Gründung des Reichs das Reich, die deutschen Staaten und Gemeinden zusammen eine Schuld von 26,2 Milliarden Mark angehäuft haben. Die Deckung des Staatsbedarfs auf dem Wege der Anleihe ist vielmehr eine regelmäßige Begleiterscheinung des Schutzzollsystems. Da dieses dem Staatsbürger weit größere Opfer auferlegt als dem öffentlichen Haushalte zu gut kommen, bleibt den Finanzministern eben nichts als die Heranziehung der Zukunft zur Deckung der Bedürfnisse der Gegenwart. Dies zeigt auch die Finanzgeschichte eines anderen Hochschutzzolllandes, die Geschichte der Finanzverlegenheiten von Frankreich.

War die neue Schutzzollpolitik aber wenigstens die Ursache eines außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwungs des deutschen Volkes? Dann hätte sie diese Wirkung doch alsbald haben müssen, als man zu ihr zurückkehrte. Allein die ersten zehn Jahre nach der Rückkehr zum Schutzzoll waren in Deutschland ebenso eine Zeit wirtschaftlicher Depression wie in allen übrigen Ländern der Welt; und umgekehrt, als Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre endlich ein neuer Aufschwung einsetzte, erstreckte sich dieser auf alle Länder der



Welt, gleichviel ob schutzzöllnerisch oder freihändlerisch, wie denn auch der letzte Rückgang und die neuesten Anfänge eines Wiederauflebens von Handel und Wandel ebenso im freihändlerischen England wie im schutzzöllnerischen Deutschland zutage treten. Die Zeit des großen Aufschwungs der deutschen Volkswirtschaft in den neunziger Jahren läßt sich aber um so weniger dem Schutzzoll zuschreiben, als dieser Aufschwung gerade mit einer vorübergehenden Abschwächung des schutzzöllnerischen Charakters unserer Handelspolitik zusammenfiel. Aber, kein Zweifel, dieser Aufschwung war, ebenso wie der von Amerika, ganz außerordentlich. In Amerika war er die Folge der Erschließung ungeahnter Hilfsquellen, in Deutschland die der großartigsten technischen Fortschritte. Beide Länder haben England in vielen Erwerbszweigen eingeholt, in manchen überflügelt. Das hat den Neid vieler Engländer erregt; und da sie in ihrer Unwissenheit die wahre Ursache nicht kennen, sind viele zu dem Glauben gekommen, die außerordentlichen Fortschritte von Deutschland und Amerika seien dem in beiden Ländern herrschenden Schutzzollsystem zu danken. Vor allem sind es die Kreise der City von London, die heute eine Abkehr vom Freihandel begehren. Sie verwünschen ihn gerade deshalb, weil er die Ausartungen unmöglich macht, um derentwillen wir in Deutschland ebenso wie die Amerikaner das Schutzzollsystem anklagen. Seine Begleiterscheinung, die politische Korruption, hat für die keine Schrecken, die sie im eigenen Interesse zu nutzen hoffen. Kartelle und Trusts sind das, wonach man sich heute in der City sehnt, um das Publikum um so besser ausbeuten zu können.

Aber auch aus finanziellen Gründen wünschen viele eine Änderung. Denn überall kann man in England bei den Angehörigen der höheren Klassen hören, daß der Bestand des britischen Reiches gesichert und seine Herrschaft, wo möglich, noch weiter ausgedehnt werden müsse; denn in jenen fernen



Gebietsteilen haben sie von jeher geratene und ungeratene Söhne versorgt und ebenso in Heer und Flotte, die man zur Erreichung dieses Zieles benötigt. Dazu braucht man aber viel Geld, und, so lange das Freihandelssystem besteht, kann dieses Geld nur durch Einkommen- und Erbschaftssteuern beschafft werden. Beide aber zahlen die höheren Klassen. Sie würden somit selbst die Kosten der Vorteile tragen, auf die sie hoffen. Dieser Gedanke ist ihnen schmerzvoll. Daher die Klage Arthur Balfours, daß die Basis des britischen Steuersystemes zu schmal sei; er hat es für unmöglich erklärt, ohne Wiedervermehrung der Zölle auf Waren aller Art die zur Deckung der steigenden Staatsausgaben nötigen Mittel aufzubringen. Mit anderen Worten: die Konservativen verlangten, daß die unteren Klassen die Steuern zur Versorgung der Angehörigen der höheren zahlen.

In dem Nachweis, daß das Gerede Balfours von der zu schmalen Basis des freihändlerischen Steuersystemes unrichtig sei, liegt nun die wirtschaftspolitische Bedeutung des vom gegenwärtigen Finanzminister Lloyd George im Unterhause eingebrachten und von diesem beschlossenen Budgets. Diesen Nachweis hat er insbesondere durch Einführung der Besteuerung des Grund und Bodens und der Bergwerke nach ihrem gemeinen Werte und durch weitere Ausbildung der Erbschaftsteuer erbracht. Daß ihm dieser Nachweis gelungen ist, ist so sehr der Fall, daß die Schutzzöllner ihre Klagen völlig geändert haben. Bis dahin hatten sie behauptet, bei Fortbestand des Freihandels könne dem steigenden Staatserfordernis nicht genügt werden; da diese Behauptung durch die Besteuerung des Landmonopols weniger Großgrundbesitzer Lügen gestraft und damit die Schaffung neuer Monopole auf Kosten der Gesamtheit, wie sie eine Finanzreform im schutzzöllnerischen Sinne bringen würde, außer Frage gestellt wird, erheben sie die Klage, daß das neue



Budget mehr einbringen werde, als zur Deckung des Staatsbedarfs notwendig sei, und dies absichtlich, um dem Staate die Durchführung der Altersversicherung und anderer sozialer Reformen zu ermöglichen. Einige haben sogar geradezu ausgesprochen, der Hauptfehler des Budgets in ihren Augen sei, daß es der Rückkehr zum Schutzzoll die Agitationsbasis entziehe. Soziale Reformen haben die Schutzzöllner nämlich auch auf ihrem Programm. Aber nicht sie wollen dafür bezahlen, sondern die unteren Klassen sollen die Kosten tragen; sie den höheren zuzumuten sei Sozialismus. Wäre der Vorwurf richtig, so drehte sich der Streit somit um Sozialismus zugunsten der unteren Klassen oder Sozialismus zugunsten der Besitzenden. In Wirklichkeit freilich handelt es sich nur um die konsequente Durchführung des alten individualistischen Grundsatzes der Heranziehung eines jeden zur Tragung der Staatslasten nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit. Und eben daher die Entrüstung derjenigen, die es seit Jahrhunderten als ihr Herrenprivileg betrachtet haben, andere die Steuern für sich zahlen zu lassen. Lieber als darauf zu verzichten, stellen sie durch Verwerfung des Budgets die dreihundertjährige Verfassungsübung in Frage, wonach das Unterhaus allein über die Finanzen beschließt, und rufen damit nicht bloß gefährliche revolutionäre Bestrebungen für die Zukunft wach, sondern nötigen den Staatsschatz, unter einem Verlust, der auf 50 Millionen £, d. h. eine Milliarde Mark, berechnet wird, alle auf Grund des Budgets präliminär erhobenen Steuern zurückzuzahlen. Diese finanzielle Zerrüttung sowie die Verwirrung im Wirtschaftsleben, welche unzählige Prozesse über zu hohe Preise, die im Handel und Verkehr auf Grund des Budgets bereits gezahlt worden sind, hervorrufen werden, lassen sie gleichgültig.

Dabei berufen sich die britischen Schutzzöllner mit Vorliebe auf unsere deutsche Finanzgesetzgebung als ihr Ideal. Nach

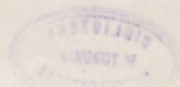
dem, was ich hier vorgeführt habe, mutet uns dies wunderbar an. Nach dem bisherigen und nach dem von Lloyd George beantragten, den Prinzipien des Freihandels entsprechenden englischen Budget Freiheit aller unentbehrlichen Lebensmittel von jedweder Steuer; Heranziehung des Besitzes und des fundierten Einkommens nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit und der Nichtbesitzenden nach Maßgabe ihres Luxuskonsums. Dabei steigende Überschüsse, die es ermöglicht haben, in demselben Zeitraum, in dem wir in einer nur durch die chinesische Expedition und den Hererokrieg unterbrochenen Friedenszeit unsere Reichsschulden auf 4,253 Millionen gesteigert haben, trotz zahlreicher kostspieliger Kriege in Asien und Afrika, die einst als fabelhaft geltende englische Staatsschuld um hunderte von Millionen Mark zu mindern. Nach Nr. 1108 der dem Reichstag am 9. Januar 1909 mitgeteilten Drucksachen betragen 1908 die Schulden von Reich, Staaten und Gemeinden in Großbritannien und Irland 24 082 Millionen Mark, in Deutschland 26 036 Millionen Mark. Bei uns Heranziehung eines Verbrauchsgegenstandes nach dem anderen zur Besteuerung, so daß wir, ähnlich wie die Engländer vor hundert Jahren, vom ersten Schritt aus dem Bette am Morgen bis wir uns abends zur Ruhe begeben, nichts genießen, ohne Tribut zu zahlen. Deutschland ist infolgedessen aus einem der billigsten Länder heute eines der teuersten geworden, jedenfalls viel teurer als das früher als teuer berüchtigte England. Dabei eine chronische Finanznot des Reichs, der Einzelstaaten, der Kommunen. Alle kennen die Anstrengungen des verflossenen Jahres, um dieser Not abzuhelpen. Aus dem, was ich zu Beginn meiner heutigen Erörterungen mitgeteilt habe, geht hervor, wie unzureichend alle bisherigen Sanierungsversuche gewesen sind. Und auch wenn die Erbanfallsteuer, so wie sie von den verbündeten Regierungen im Reichstag eingebracht worden ist, angenommen worden wäre,



würde ihr Ertrag angesichts des fortwährend steigenden öffentlichen Bedarfs nur für eine kurze Dauer von Jahren genügen. Einerlei, ob sie noch nachträglich kommen wird oder nicht, in ein paar Jahren werden wir abermals vor der Frage der Finanzreform stehen. Und dann wird die Umkehr erfolgen.

Angesichts des vielfachen Betrags dessen, was das Reich aus gewissen Zöllen einnimmt, der heute in die Taschen Privater fließt, wird es nicht möglich sein, das steigende Staatserfordernis durch weitere Mehrung der indirekten Steuern und Zölle zu bestreiten. Es wird uns gehen, wie es 1840 Sir Robert Peel ergangen ist. Jeder derartige Versuch wird nur zur Erhöhung des Defizits führen. Und da es nicht angeht, in der bisherigen Weise vom Schuldenmachen zu leben, wenn nicht die Sicherheit des Reiches ernstlich gefährdet werden soll, wird das Reich genötigt sein, von seiner verkünstelten zu einer naturgemäßerer Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Allerdings dürfte diese Umkehr auf denselben fanatischen Widerstand stoßen, den die Sonderinteressen von jeher den Maßnahmen entgegengesetzt haben, die im Interesse des Ganzen Sonderinteressen verletzen. Was wir im Sommer erfahren haben, gibt uns davon einen Vorgeschmack. Allein wenn auch die Regierungen stets nur unter dem Druck der Finanznot die Kraft gefunden haben, dieses Widerstands Herr zu werden, die Finanznot wird voraussichtlich so arg sein, daß sie ihn finden werden; und es handelt sich um die Existenz des Staats.

So können wir getrost in die Zukunft sehen. Sie wird schwere Kämpfe bringen. Aber diese Kämpfe werden zum Siege des Gesunden und Naturgemäßen über Ungesundes und Verkünsteltes führen; denn nur bei diesem Siege werden das deutsche Volk und das Deutsche Reich fortzubestehen und weiter zu gedeihen vermögen, und beides ist eine Notwendigkeit.



Anhang.

**Belastung des Steuerzahlers durch die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer.**

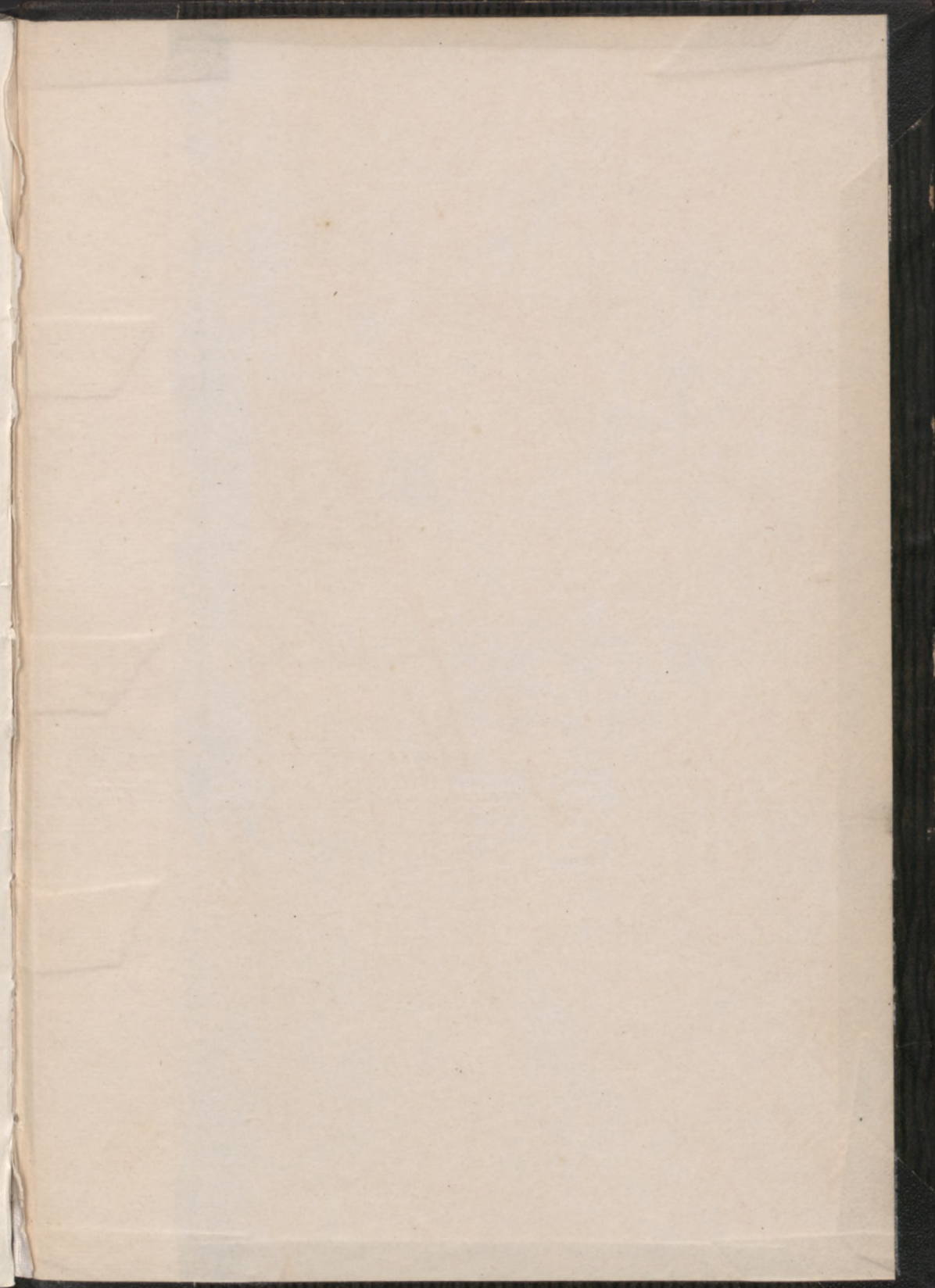
Die Bevölkerung des Deutschen Zollgebietes betrug um die Mitte des Jahres 1908  
 (nach d. Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1909, S. 2) . . . . . 63 219 000 Pers.  
 angenommen, daß  $\frac{1}{5}$  der Bevölkerung von selbstgebautem Getreide lebte, nämlich 12 643 800 -  
 so betrug die Getreide kaufende Bevölkerung . . . . . 50 575 200 Pers.

Getreideart	Verfügbar <sup>1)</sup> zum Verbrauch		Davon wurden gedeckt <sup>2)</sup> zu % vom		Zoll- satz pro Tonne <i>M</i>	Gesamtbetrag d. Verteuerung für d. kaufende Bevölkerung (Zollsatz $\times \frac{1}{5}$ v. Spalte 2) <i>M</i>	Davon flossen in die		Belastung pro Kopf der Getreide kaufenden Be- völkerung zu- gunsten	
	Tonnen à 1000 kg	p. Kopf d. Bevölk. kg	Ausland	Inland			Reichskasse als Zollertrag <i>M</i>	Tasche Privater <i>M</i>	des Reichs <i>M</i>	Pri- vater <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Roggen . .	8 902 180	142,4	1,9	98,1	50	356 087 200	6 765 657	349 321 543	0,13	6,90
Weizen . .	5 674 155	90,7	39,8	60,2	55	249 662 820	99 365 802	150 297 018	1,96	2,97
Hafer . .	8 222 131	131,5	0,0	100,0	50	328 885 200	—	328 885 200	—	6,50
zusammen:	—	—	—	—	—	934 635 220	106 131 459	828 503 761	2,09	16,37

<sup>1)</sup> Unter Abzug der Aussaat und der Ausfuhr und unter Zusatz der Einfuhr und der Mühlenlagerverzollung, sowie unter Mitberücksichtigung der auf Getreide umgerechneten Mengen von Mehl und Malz. Vgl. Statist. Jahrb. f. das Deutsche Reich 1909, S. 274. — <sup>2)</sup> Diese Prozentsätze wurden berechnet nach Maßgabe der Berechnungen in dem von dem Kaiserl. Statist. Amt herausgegebenen Buche „Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts“. Berlin 1900 auf Grund der Erntestatistik von 1907/8. Vgl. Vierteljahrsh. z. Stat. d. Deutschen Reiches 1909, I, S. 82 ff.







Biblioteka Główna UMK



300048704380

